

Wenn der Staat subventioniert!

Mit seiner Solartechnik gerät jetzt auch ein grundsolides Unternehmen in Schwierigkeiten: der Elektrogerätehersteller Bosch. Ja, so geht es mit Produkten, die am Markt nur mit Staatshilfe unterzubringen sind, wie es der deutsche Staat mit dem (per Gesetz indirekt hoch subventionierten) Strom aus Sonnenlicht tut: Konkurrenten in anderen Ländern kriegen dergleichen schnell mit, legen kräftig los und schaffen es, jene Unternehmen, die staatlich gepöppelte Produkte herstellen, zu unterbieten. In diesem Fall ist es vor allem die Konkurrenz aus China.

Solarworld im Strudel, Siemens gibt auf, Bosch schreibt ab

Es geht um die in Deutschland hergestellten Produkte, mit denen das Sonnenlicht eingefangen wird: Solarzellen und Solarmodule zum Einsatz in Fotovoltaik-Anlagen. Deutschland ist für sie wegen seiner vergleichsweise hohen Arbeitskosten ein teurer Produktionsstandort. Das macht auch den mit ihnen erzeugten Solarstrom teuer, zu teuer. Freiwillig würde ihn kein Mensch kaufen. Deshalb drückt ihn das Erneuerbare-Energien-Gesetz mit staatlicher Gewalt ins Stromnetz: mittels Abnahmewang und Zwangsabnahmepreis, genannt Einspeisevorrang und Einspeisevergütung.*) Nur deshalb waren deutsche Solarzellen und -module überhaupt absetzbar – bis die chinesische Konkurrenz weit billiger lieferte. Seitdem leiden deutsche Hersteller an ihrer Überkapazität Not, etliche haben schon aufgegeben. Das einstige Vorzeigeunternehmen, die SolarWorld AG in Bonn, ringt ums Überleben, Gläubigern droht nun der Schuldenschnitt. Siemens hat seinen verlustreichen Ausflug in die Stromerzeugung aus Sonnenlicht schon für beendet erklärt und den Verkauf der Solarenergie-Technik angekündigt. Und so hat es die Bosch Solar Energy AG ebenfalls getroffen.

Wer den staatlich eingebrockten Brei auslöffeln muss

Seit 2008 hatte der Konzern hier ein milliardenschweres Engagement aufgebaut. 2012 musste er es komplett abschreiben. Das hat ihn 2012 über eine Milliarde Euro gekostet – 450 Millionen an operativem Verlust und 600 Millionen an Abschreibungen. So etwas ist auch für Bosch ein schwerer Brocken. Und für die Beschäftigten seiner Solartechnik-Sparte. Ja, so geht es, wenn sich Unternehmen auf staatlich subventionierten Absatz verlassen. Und wie immer sind es unschuldige Menschen, die den staatlich eingebrockten Brei auslöffeln müssen: durch den Verlust ihrer künstlich geschaffenen Arbeitsplätze, in die sie hineingelockt wurden.

Was jetzt überhaupt nicht mehr natürlich ist

Auf der Web-Seite von Bosch-Solartechnik werden Arbeitssuchende sogar nach wie vor zum "Einsteigen" aufgefordert, und zwar so: „Sie sind Schüler, Student, Absolvent, Doktorand oder verfügen bereits über einschlägige Berufserfahrung und möchten sich den Herausforderungen einer spannenden Zukunftsbranche stellen? Wir bieten Ihnen vielfältige, interessante Möglichkeiten für Ihre berufliche Laufbahn.“ Nun, diese Zukunftsbranche ist auf Sand gebaut, auf staatlichen Sand. Die berufliche Laufbahn ist wohl besser woanders aufgehoben. Und weiter liest man: „Wir bieten ambitionierten Mitarbeitern individuelle, funktions-, branchen- und länderübergreifende Karrieremöglichkeiten.“ Nun, mit diesen Karrieremöglichkeiten ist es jetzt nichts mehr. Auch beginnt diese Solartechnik-Homepage von Bosch noch immer fett mit der Überschrift „Solarenergie? Natürlich von Bosch.“ Das ist jetzt überhaupt nicht mehr natürlich.

Zuerst erschienen im Blog von [K.P. Krause hier](#)

*) Zur grundsätzlichen Kritik an der Stromerzeugung aus Sonnenlicht siehe meinen Beitrag „Solarstrom – das Milliardengrab – Dieser Strom ist fehl- und übersubventioniert“

<http://kpkrause.de/2010/03/18/solarstrom-%e2%80%93-das-milliardengrab/>

Sie auch hier Auszug aus FinanzNachrichten.de :

Firmenchefs sehen Produktionsstandort Deutschland durch niedrige US-Energiepreise in Gefahr

Unternehmenschefs sehen den Produktionsstandort Deutschland durch die niedrigen Energiepreise in den USA in Gefahr. Sie betragen dort inzwischen nur noch ein Drittel des Niveaus in Deutschland.

„Das kann dramatische Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes haben“, sagte Axel Heitmann, Chef des Chemiekonzerns Lanxess, dem „Handelsblatt“ (Freitagausgabe). „Viele Industriekonzerne planen, wegen der niedrigen Energiepreise neue Fabriken nicht mehr in Europa, sondern in den USA zu bauen“, sagte Gisbert Rühl, Chef des Stahlhändlers Klöckner, der Zeitung. „Wir reagieren darauf und planen selbst neue Geschäftseinheiten in den USA.“ Attraktiv ist eine Produktion in den USA vor allem für Unternehmen aus energieintensiven Branchen wie der Stahl- und Aluminiumproduktion oder der Chemie.